

Judith Dellheim/Gabi Zimmer

Ratspräsidentschaft zwischen Sommerurlaub und Gipfel-Vorbereitungsstress

[Unser vierter Text](#) zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft beschäftigt sich mit den meist inoffiziellen Ratsaktivitäten im August und September, bis zur Tagung der für europäische Angelegenheiten zuständigen Minister*innen am 22.9.. Sie berieten zur unmittelbaren Vorbereitung des außerordentlichen EU-Gipfels am 1./2.10.2020. Dazu werden wir uns Anfang Oktober gesondert äußern. Hier aber geht es um die angelaufene Vorbereitung auf die später folgenden offiziellen Ratstagungen¹. Uns interessiert hierbei das Agieren von Mitgliedern der Bundesregierung als Inhaberin der Ratspräsidentschaft. Nach einigen kurzen Bemerkungen gehen wir ebenfalls kurz und chronologisch auf die Ratspräsidentschafts-Aktivitäten ein, um mit einem Vorschlag zu schließen. Aber schon an dieser Stelle möchten wir auf die Aufmerksamkeit auf die starke „sicherheits- und verteidigungspolitische“ Dimension der deutschen EU-Ratspräsidentschaft lenken.

Vorbemerkungen

Aus dem Studium offizieller Veröffentlichungen zur deutschen Ratspräsident und der Konfrontation mit dramatischen aktuell-politischen Ereignissen, wozu insbesondere die erneute Zunahme von Spannungen im Verhältnis zu Russland und die Gewalt gegen demokratisch Protestierende in Belarus gehören, ergeben sich Fragen zu insbesondere vier zusammenhängenden Problemkreisen:

- A) zu der Tatsache, dass die Auseinandersetzung mit der COVID-19-Pandemie, dem Klimawandel, dem Zustand der Wälder und schwindenden Arten, mit anhaltenden Kriegen und Konflikten und mit gravierenden aktuell-politischen Ereignissen in der östlichen und südlichen EU-Nachbarschaft erneut nachdrücklich zeigt: die Europäische Union verfügt über keine Strategien und Strukturen, um sich offensiv und vor allem problemlösend mit Katastrophen, Seuchen, globalen Fragen, Kriegen und Konflikten auseinanderzusetzen. Aber sie hat die militärische Dimension in ihrer Politik und insbesondere in ihrer Außenpolitik verstärkt;
- B) zu den erneut gemachten Erfahrungen, dass latenter und gewaltsamer Rassismus gesellschaftliches Leben im Partnerland USA prägt, in der Europäischen Union strukturell verankert ist und staatliches Handeln nachhaltig relevant beeinflusst; dass er in den bewaffneten Organen und in der Justiz der EU-Mitglieder präsent ist und vielfach mit rechtsextremistischen bzw. neofaschistischen Kräften verquickt ist; dass die EU-Mitgliedsländer und die EU insgesamt eine Kolonialgeschichte haben, die in der Gegenwart wirkt;
- C) zu den zahlreichen dramatischen Fällen, da die Forderungen seitens der EU und ihrer Mitgliedsländer von Dritten, die Menschenrechte anzuerkennen und zu realisieren, nicht mit eigenem Handeln zusammengehen: die Behinderung von Seenotrettung, Moria, menschenverachtender „Schutz“ der EU-Außengrenzen und menschenverachtende Flüchtlingsabkommen, das Verhalten „in der Sache Julian Assange“, der Verzicht, Möglichkeiten zu nutzen, um Menschen zu helfen oder zumindest ihre Lage zum Gegenstand europäischer und internationaler politischer Debatte zu machen;

¹ Der Rat bzw. der sogenannte Ministerrat meint die jeweiligen Fachminister/innen der EU-Mitgliedsstaaten, die zu konkreten Themen zusammenkommen, beraten, Positionen verabschieden und über Gesetzentwürfe (Verordnungen, Richtlinien) der Europäischen Kommission entscheiden. Der Ministerrat und das Europäische Parlament müssen dem Kommissionsvorschlag zustimmen, damit ein Gesetz verabschiedet werden kann.

- D) zu den außenpolitischen Aktivitäten der US-Administration, die die EU und insbesondere Deutschland betreffen: China, Russland und Nordstream 2, Afghanistan, Israels „Friedensverträge“ zu Lasten der Palästinenser*innen und zugunsten des US-amerikanischen Militärs und Einflusses im Nahen und Mittleren Osten, die egoistisch herbeigeführten „Annäherungsschritte“ von Serbien und Kosovo, die dem Völkerrecht spotten, US-Präsenz auf dem Balkan verstärken und zugleich Probleme vergrößern, das Drängen auf militärische Rüstung und das politische Ausklammern von politischen Problemen wie den Krieg im Jemen.

Darüber hinaus aber haben wir uns selbst immer wieder gefragt, warum diese Probleme nur sehr beschränkt für die Linken in Deutschland Ausgangspunkte für kollektive und bündnispolitische Arbeit an gemeinsamen Forderungen und alternativen Lösungsvorschlägen sind. Die Linken könnten doch die Ratspräsidentschaft nutzen, um sich untereinander vernetzend als internationalistische Europäerinnen und Europäer zu beweisen, gemeinsam die Europa- und EU-Politik der Bundesrepublik kritisieren und deutlich machen, dass und wie sie diese verändern wollen. Die Aktionen in Solidarität mit Geflüchteten wie „Wir haben Platz“ unterstützen auch wir selbstverständlich sehr und schätzen sie hoch. Darüber hinaus müssen wir sehen, dass sie nicht mit der Arbeit an der Strategie für einen Politikwechsel einhergehen. Das ist keine Kritik an den Initiator*innen und Organisator*innen verdienstvoller konkreter Solidarität, sondern am politischen Alltag der Linken in Deutschland. Diese Kritik gilt erst recht im Jahr vor der Bundestagswahl 2021 und insbesondere jenen, die über eine Regierungskoalition aus Bündnis90/Grüne, SPD und LINKE reden. Dass die Parteien in der gegenwärtigen Regierungskoalition und Bündnis90/Grüne sowie zunehmend auch die FDP ihre Aktivitäten zur Ratspräsidentschaft wahlkampfmäßig betreiben, ist offensichtlich und war lange vor dem Tag ihrer Übernahme am 1. Juli zu erwarten. Interessant sind dabei u.a. das Zusammenspiel der EU-Kommissionspräsidentin aus der CDU, ihrer Kanzlerin und Freundin sowie der noch-CDU-Parteivorsitzenden und Verteidigungsministerin; die Selbstdemontage des „weiter-so“-Kanzlerkandidaten der SPD, dem ein zwischen auf Moderation und Scharfmacherei schwankender gut gekleideter Außenminister mehr oder weniger treu zur Seite steht; die plötzliche klimapolitische Initiative des CDU-Wirtschaftsministers und die gewachsenen aggressiven außenpolitischen Töne gen Osten seitens Bündnis90/Grüne. Da kommt man wie nebenbei dem CDU-Kanzlerkandidaten Röttgen entgegen und verstärkt die Tendenz zu Schwarz-Grün, bei Bedarf ggf. mit etwas Gelb. Die FDP wird kaum nochmals eine mögliche Regierungsbeteiligung ungenutzt verstreichen lassen. Ein Politikwechsel mit der Idee „Jede/r soll in Würde, solidarisch ermöglichter sozialer Sicherheit und gesunder Natur leben können“ wird weder von einer Bevölkerungsmehrheit noch von einer mehrheitlichen Gemeinsamkeit aus Bündnis90/Grüne, SPD, LINKE aktiv gefordert bzw. angestrebt.

Kurze Chronik seit Ende Juli

Da man ja immer mit dem Positiven beginnen soll und die Problemfülle das Unterstützenswerte leicht vergessen lässt, wollen wir einige Momente würdigend nennen: kulturelle Aktivitäten der Präsidentschaft trotz COVID-19; die Bemühungen des sozialdemokratischen des Arbeits- und Sozialministers, die Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen und von Arbeitsmigrant*innen zu verbessern; die Aktivitäten zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus und die vielleicht auch ironisch und sarkastisch anmutende Feststellung, dass nicht alle problematischen außenpolitischen Ereignisse für scharfmacherische Äußerungen genutzt wurden. Hinzugefügt werden könnten Initiativen zum Klimaschutz, zur beruflichen Ausbildung und zur Hebung des Tierwohls, auch wenn diese Nachbesserung verdienen.

Doch der Reihe nach, wobei wir uns nicht um Vollständigkeit, aber um relative Kürze und eine solche Akzentuierung bemühen, die Probleme und Handlungsoptionen der Linken deutlich machen. Unser chronologisches Vorgehen orientiert sich bewusst an der Website der [Bundesregierung](#) zur

Ratspräsidentschaft. Aber wir beschränken auf die Informationen ausschließlich zur Ratspräsidentschaft, denn es kann hier leider nicht um Regierungs- und Parlamentsaktivitäten gehen, die auch außerhalb einer Ratspräsidentschaft erfolgen.

Vom 13. August bis zum 23. August – noch „Sommerloch“

Am 13. August fand sich erstmalig ein Hinweis auf die parlamentarische Dimension der Ratspräsidentschaft auf der erwähnten Website. Zu den Bundestagsaktivitäten gibt es eine [gesonderte Website](#). Zur Erklärung von Akteuren, Strukturen und gesetzlichen Grundlagen der EU und der Ratspräsidentschaft empfehlen wir den [Infobrief](#) aus der zuständigen Fachabteilung des Bundestages. Besonders aber empfehlen wir den [Podcast](#) zum Thema mit Amira Mohamed Ali, der linken Co-Fraktionsvorsitzenden. Die genannte Website „verrät“, dass es seit dem 18. Juni ein [gemeinsames Arbeitsprogramm](#) von Bundestag und Bundesrat gibt. Darin steht u. a., dass beide unter Berücksichtigung des Corona-Schutzes als Gastgeber für den Austausch zwischen den nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments auf folgenden Konferenzen fungieren, auf der

- Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) am 4. September, organisiert durch den Deutschen Bundestag,
- Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union – auf dem Treffen der Ausschussvorsitzenden (COSAC-Vorsitz)² am 14. September, organisiert durch den Bundesrat in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundestag,
- Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union – auf dem Treffen der COSAC-Delegierten aus jedem nationalen Parlament und dem Europäischen Parlament (COSAC-Plenum) vom 29. November 2020 bis 1. Dezember 2020, organisiert durch den Deutschen Bundestag in Zusammenarbeit mit dem Bundesrat,
- Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU vom 11. bis 13. Oktober 2020, organisiert durch den Deutschen Bundestag,
- Sitzung des Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschusses für Europol, voraussichtlich am 28./29. September 2020, organisiert vom Europäischen Parlament unter Ko-Vorsitz des Deutschen Bundestages und des Bundesrates.

Es geht also keineswegs vorrangig um den European Green Deal und die Soziale Säule in der EU-Politik. Sie sind Themen der untergeordneten Konferenzen der Ausschussvorsitzenden. Der Begriff European Green Deal taucht nur einmal im Arbeitsprogramm auf, in Verbindung mit der Gemeinsamen Agrarpolitik. Und wir lesen zur Verwirklichung der Europäischen Säule sozialer Rechte dass man sich damit befassen wird, „wie wir ein faires und soziales Europa gestalten können, das die soziale Konvergenz und den sozialen Zusammenhalt stärkt. Dies betrifft insbesondere den geregelten Übergang hin zur Klimaneutralität und in eine zunehmend digitalisierte Wirtschaft, aber auch die Herausforderung des demografischen Wandels sowie Instrumente zur Gewährleistung der sozialen Sicherheit in Zeiten wirtschaftlicher Schocks. Zudem werden wir einen Erfahrungsaustausch zwischen den Parlamenten über effektive Systeme der Grundsicherung anstreben.“ Zu Mindestlöhnen und Armutsbekämpfung finden wir keine direkten Formulierungen. Interessant ist die Gewichtung spezifischer Inhalte in der folgenden Formulierung: „Unser Anspruch zur Gestaltung eines fairen und sozialen Europas umfasst in einer globalisierten Welt auch die Verantwortung für Nachhaltigkeit und faire Arbeitsbedingungen entlang globaler Lieferketten. Angesichts der langfristigen Auswirkungen

² Konferenz der Europaausschüsse in den nationalen Parlamenten der EU-Länder

der COVID-19-Pandemie auf die Weltwirtschaft wollen wir uns mit der Frage befassen, welchen Beitrag Europa zur Stärkung der globalen integrierten Wertschöpfungs- und Lieferketten und zur Unterstützung bei der Bekämpfung der COVID-19-Krise im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit leisten kann.“ Offenbar geht es vor allem um die eigenen Positionen in den globalen Wertschöpfungs- und Lieferketten. Und offenbar ist der weitere Austausch zur Sozialpolitik den genannten Konferenzen nachgeordnet.

Wie der Blick auf die Konferenzen verdeutlicht, ist die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) mit ihrer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ein zentraler Schwerpunkt der Deutschen Ratspräsidentschaft.

Vom informellen Treffen zur Verteidigungspolitik bis zur Interparlamentarischen GASP/GSVP-Konferenz

In den sicherheits- und verteidigungspolitischen Aktivitäten während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft kommt der Ausgestaltung eines strategischen Kompasses wiederum ein zentraler Stellenwert zu. Er soll helfen, im Falle einer „Sicherheitskrise“ schneller zu handeln. Aus strategischen Vorgaben soll konkret abgeleitet werden, welche Instrumente und Fähigkeiten die EU braucht. Als erster Schritt zu einem solchen Kompass, der auf NATO-Aktivitäten und die Initiative der deutschen Verteidigungsministerin zurückgeht, soll eine gemeinsame Bedrohungsanalyse erarbeitet werden. Der EU-Außenbeauftragte soll diese Analyse bis Ende 2020 vorlegen. Die EU-Mitgliedstaaten liefern dafür Input. Auf der Basis der Bedrohungsanalyse sollen die Mitgliedstaaten dann in einen strukturierten strategischen Dialog treten und über die Ziele in vier Hauptbereichen beraten: Krisenmanagement, Resilienz, Fähigkeiten und Partnerschaften. Davon ausgehend soll dann festgelegt werden, welche konkrete Fähigkeiten erforderlich sind und [welche Prioritäten gemeinsam](#) angestrebt werden. Der Eintrag zum strategischen Kompass auf der Präsidentschaftswebsite vom 25. August erfolgte am Vortag des informellen Treffens der Verteidigungsminister*innen unter Leitung von Kramp-Karrenbauer. Sie hatte gemeinsam mit ihren Kolleg*innen aus Frankreich, Italien und Spanien in [einem Schreiben](#) an den EU-Außenbeauftragten Borrell von Ende Mai klargestellt, dass es trotz Pandemie keine Abstriche von den Plänen zur Modernisierung und Vergrößerung der militärischen Kapazitäten geben dürfe. Der Brief, hat sieben Schwerpunkte: Stärkung der Resilienz der EU und ihrer Mitgliedstaaten, Qualifizierung und Ausschöpfung der Möglichkeiten von PESCO als Rahmen für die militärische Zusammenarbeit im Rahmen der EU, kritische Abhängigkeiten reduzieren, Strategischer Kompass, Stärkung des Engagements für Operationen und Missionen, stärkere Kohärenz von EU-Werkzeugen, Zusammenarbeit mit der NATO und den Partnern. Genau genommen drängt das Schreiben darauf, alle Möglichkeiten gemeinsamer Militarisierung forciert zu nutzen, was nicht nur auf mehr und rationellere Kooperation im militärischen Bereich der EU fokussiert, sondern auch auf mehr Vernetzung von militärischen und zivilen Strukturen und Bereichen. Dafür verstand man COVID-19 gut zu nutzen. Dem Post zum strategischen Kompass folgten ein Eintrag zur Pressekonferenz mit Kramp-Karrenbauer, ein weiterer Beitrag zur [„Europäischen Sicherheitspolitik“](#) und [ein Bericht](#) zum informellen Verteidigungsminister*innen-Treffen mit dem EU-Außenbeauftragten Borrell und NATO-Generalsekretär Stoltenberg. Abschließendes Zitat von Kramp-Karrenbauer: „Ich freue mich sehr über die breite Unterstützung meiner europäischen Kolleginnen und -kollegen, die in den Beratungen für die Vorhaben und Ziele unserer Ratspräsidentschaft sichtbar wurde – insbesondere zum Strategischen Kompass.“

Borrell blieb noch, denn gemeinsam mit dem deutschen Außenminister Maas trug er das informelle Treffen der Außenminister*innen – Gymnich-Treffen³ – am 27/28. August aus. Libyen, Libanon, Belarus, Russland (Nawalny), die Konflikte Griechenland/Zypern mit der Türkei und ein Austausch mit dem israelischen Außenminister standen auf der Tagesordnung. Die spärlichen Verlautbarungen dazu sind aus den Mainstream-Medien bekannt und damit auch, dass es keine gründliche Analyse der Genesis der Probleme und Konflikte gegeben hat. Bei einer solchen Analyse wäre Selbstkritik gefordert.

Zum informellen Treffen der Agrarminister*innen legte die deutsche Landwirtschaftsministerin [drei Fragen](#) vor:

- „Welche Lehren ergeben sich für die Agrar- und Ernährungspolitik aus der Corona-Krise?
- Was muss die Politik tun, um die Resilienz der Land- und Ernährungswirtschaft zu sichern und zu steigern?
- Welche Rolle spielen dabei die Wertschätzung für Landwirtschaft, Lebensmittel und Tiere, das gestiegene Interesse an Regionalität und Herkunft der Lebensmittel sowie die Leistungen für Umwelt, Klima und Tierschutz? Dabei werden auch Fragen einer EU-weiten Tierwohlkennzeichnung und der Tierschutz beim Transport im Fokus stehen.“

Nach menschlicher Gesundheit und daher nach den Arbeits- und Lebensbedingungen nicht zuletzt der in der Landwirtschaft beschäftigten Saisonarbeitskräften wurde also nicht gefragt. Im [Eintrag zur Gemeinsamen Agrarpolitik](#) sind lediglich „Wechselwirkungen zwischen der Gesundheit der Bevölkerung und den Belastungsgrenzen der Umwelt“ erwähnt.

Diese interessieren auch die Gesundheitsminister*innen. Bei ihrem [informellen Austausch](#) am 4. September ging es zum einen um ein koordiniertes Vorgehen mit Test- und Quarantäneregeln, zum anderen um die Beschaffung und Finanzierung von COVID-19-Impfstoffen. Damit wurden die [informellen Gespräche](#) vom 16.7. fortgesetzt. Eine ausführliche Information zur gemeinsamen Bewältigung der Pandemie und weitere angefügte Informationen wurden auf die [Website am 7. September](#) eingestellt. Allerdings fehlt weiterhin die radikale Auseinandersetzung mit den Ursachen der Pandemie und ihrer schnellen Ausbreitung: mit dem Schwund der Biodiversität als Hauptursache, denn er bewirkt das Übergreifen tierischer Viren auf Menschen; mit der Luftverschmutzung und den Wohn- und Lebensverhältnissen, die die Geschwindigkeit, mit der sich die Pandemie verbreitete, erhöhten. Auch waren die Bedingungen für eine offensive Reaktion auf die Seuche beim neoliberalen Umgang mit dem Gesundheitssystem bereits zerstört bzw. wurden niemals aufgebaut.

Das interessierte nicht recht bei der ebenfalls am 4. September veranstalteten [interparlamentarischen Konferenz zur GASP/GSVP](#), die zunächst Positionen des deutschen Außenministeriums als ihre eigenen wiederholte. Das trifft de facto auch für die Verlautbarungen aus dem Bundesverteidigungsministerium und seiner EU-Kollegen zu, denn wir lesen in der Erklärung der Ko-Vorsitzenden, dass eine „solide Grundlage für Fortschritte auf dem Weg zu einer echten Verteidigungsunion“ gegeben sei. Alle Überlegungen, die im „aktuellen strategischen Revisionsprozess“ angestellt werden, müssten „den Weg zu effektiveren Beziehungen zwischen EU und NATO ebnen“. Dazu gehöre insbesondere, dass jene NATO-Mitgliedstaaten, die sich an EU-Programmen wie dem Europäischen Verteidigungsfonds beteiligen, „zu einer neuen Ära der echten Interoperabilität, des ‚Pooling and Sharing‘ und der Integration, der Fähigkeitenentwicklung und der Entsendung von Streitkräften zugunsten der Union und des transatlantischen Bündnisses“ beitragen

³ Das erste Gymnich-Treffen fand auf Initiative des damaligen deutschen Außenministers Walter Scheel 1974 statt. Ölkrise, Vietnamkrieg und Watergate-Affäre waren die Themen eines inoffiziellen Austausches der Außenminister, die sich am 20.4., also am Wochenende, auf Schloss Gymnich trafen.

müssten. Wer sich an NATO-Einsätzen beteiligt und EU-Mitglied ist oder an EU-Programmen partizipiert, soll diese Streitkräfte zugleich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der gemeinsamen Verteidigung der Union zur Verfügung stellen. „Wir fordern die Kommission, den Hohen Vertreter/Vizepräsidenten und alle Parlamente in der Europäischen Union auf, sich in die Debatte über die Entwicklung der Verteidigung in der EU einzubringen.“ Das Kriterium Verteidigungsfähigkeit müsste dann auch bei der „Zuweisung von weiteren Mitteln für das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI), den Europäischen Verteidigungsfonds, die militärische Mobilität und die Europäische Friedensfazilität“ berücksichtigt werden.

Dass Parlament hilft somit militarisieren. Einen gemeinsamen Aufschrei großer Teile der Fraktionen von SPD, Bündnis90/Grüne und der LINKEn gab es nicht. Aber [linke Parlamentarier*innen](#) aus dem Europäischen Parlament sowie von Podemos/Spanien, AKEL/Zypern, DIE LINKE/Deutschland und Syriza/Griechenland, die an der interparlamentarischen Konferenz teilnahmen, forderten „eine proaktive EU-Politik in den folgenden Bereichen:

- Wiederaufnahme des Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozesses, insbesondere in Bezug auf Atomwaffen und neuartige Waffen wie Drohnen und autonome Waffen
- Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum
- Dialog mit Russland über die verschiedenen Aspekte der strategischen Stabilität in Europa und der Konfliktlösung in der Europäischen Nachbarschaft
- Beendigung der Militarisierung der arktischen Region
- Verteidigung des JCPOA (Nuklearabkommen mit Iran) und der Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit dem Iran
- Beendigung des Wettrüstens in Europa, einschließlich der Eskalation der Militarisierung durch PESCO und der Präsenz ausländischer Militärbasen in ganz Europa
- Beendigung der Finanzierung von Maßnahmen und Projekten mit militärischen Auswirkungen aus dem EU-Haushalt nach Art. 41 (2) EUV; Ablehnung des Vorschlags der Europäischen Kommission für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen, insbesondere der Haushaltstitel für den „Europäischen Verteidigungsfonds“ (13 Mrd. €), „Militärische Mobilität“ (6,5 Mrd. €) und – als eine Art „Nebenhaushalt“ – die „Europäische Friedensfazilität“ (10,5 Mrd. €)
- Kürzung der Militärhaushalte der EU-Mitgliedstaaten, um Ressourcen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung, die zivile Konfliktprävention und Konfliktlösung freizusetzen
- Beachtung der nationalen, gemeinschaftlichen und internationalen Verpflichtungen in Bezug auf die Ausfuhr von Waffen, wie beispielsweise die acht Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU 944/2008/GASP und die Kriterien des globalen Waffenhandelsabkommens
- sofortige Einstellung aller Exporte von Waffen und militärischer Ausrüstung in Konfliktgebiete.“

Vom European Competition Day bis zum EU-China-MiniGipfel

Wenn dann wiederum am 4. September der [deutsche Wirtschaftsminister](#) auf „mehr Wettbewerb“ orientiert, feuert er eine Wirtschaftsweise an, die den Schwund der Biodiversität, Luftverschmutzung und so die Verbreitung von Corona bewirkt. „Die COVID-19-Pandemie verstärkt die bestehenden Herausforderungen durch Digitalisierung und Globalisierung. Wir brauchen faire Wettbewerbsbedingungen in der Plattformökonomie und im Systemwettbewerb mit Unternehmen, die durch Drittstaaten unterstützt werden und insoweit nicht den EU-Beihilferegeln unterliegen. Ich begrüße es, dass die Europäische Kommission darauf mit einer ambitionierten Wettbewerbsagenda reagiert hat. Unser gemeinsames Ziel ist es, auch in Zukunft faire Wettbewerbsbedingungen auf dem

EU-Binnenmarkt sicherzustellen. Wir werden die deutsche Ratspräsidentschaft nutzen, um die verschiedenen Initiativen konstruktiv zu begleiten.“ Mit diesen Worten zum Berliner European Competition Day, der „zentralen wettbewerbspolitischen Konferenz im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft“ machte Altmaier deutlich, dass er gegen chinesische Konkurrenz vorgehen will und zwischen europäischer Konkurrenz auf dem Binnenmarkt und dem Weltmarkt strikt unterscheidet. Die Bemühungen der Kommissarin Vestager zur Schaffung eines leistungsfähigen digitalen Binnenmarktes unterstützt er, aber will für Konzerne, die auf den Weltmärkten konkurrieren, eine Änderung des EU-Rechts. Auf globalen Märkten dominieren große Player, die vielfach aus Fusionen von Konzernen hervorgehen. Die rechtlichen Hürden dafür wollen Altmaier und Co. abschaffen.

Um das EU-Recht ging es auch am nächsten Tag: Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz veranstaltete im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft die online-Konferenz „Datenökonomie, KI und geistiges Eigentum“ . [Laut Justizministerin](#) sollen alle Bürger*innen von generierten Daten gewinnen. „Mit der Datenschutz-Grundverordnung hat die EU weltweit Maßstäbe für den Schutz persönlicher Daten gesetzt. Dasselbe Ziel haben wir für die künstliche Intelligenz und geistiges Eigentum: Wir müssen einen guten rechtlichen, ökonomischen und sozialen Rahmen für Innovationen und Wettbewerb schaffen.“ Die Frage ist, wer was warum darunter versteht. Vor wenigen Tagen verlieh der Bielefelder [Verein „Digitalcourage“](#) seinen Schmähpriis „Big Brother Award“ in der Kategorie Politik an die Bundesregierung wegen ihrer „rechtlichen und politischen Mitverantwortung für den völkerrechtswidrigen US-Drohnenkrieg“, der über die Datenrelais- und Steuerungsstation der US-Militärbasis Ramstein/Pfalz abgewickelt wird. Von hier aus werden bewaffnete Drohneneinsätze zur Ausforschung von Zielpersonen und zu Hinrichtungen von meist undefinierbaren „Terroristen“ im Nahen und Mittleren Osten gelenkt. Unbeteiligte Zivilpersonen müssen dabei sterben. Dass auf der online-Konferenz Patentschutz und Designschutz für KI diskutiert wurden, wirft angesichts der internationalen Debatte zu geistigen Eigentumsrechten viele Fragen auf, denn solche Rechte haben sich oft als zusätzliches brutales Ausbeutungsinstrument von Konzernen in armen Ländern erwiesen.

Dass darunter israelische Konzerne sind, hat nichts mit damit zu tun, dass weiter gegen Antisemitismus vorgegangen werden muss. Derartige Aktivitäten hatten wir bereits eingangs gewürdigt. Unter dem Motto „Gemeinsam gegen Antisemitismus in Europa – Strukturen und Strategien für eine ganzheitliche Bekämpfung“ wurden neben aktuellen Phänomenen wie antisemitisch geprägte Corona-Verschwörungsmymen Konzepte zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus auf staatlicher Ebene und methodische Fragen zur Erfassung antisemitischer Taten diskutiert. Da das Innenministerium die Konferenz ausgetragen hat, muss insbesondere gefragt werden, wie der Zusammenhang von Antisemitismus und Rassismus gesehen wird. Schließlich weigert sich Seehofer strikt, Rassismus bei der Polizei zu untersuchen – trotz entsprechender Empfehlung „aus Brüssel“. Und sehr begründet forderte [Ulla Jelpke](#), dass von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft Aktivitäten ausgehen sollen, um die Nöte der Roma als besonders empfindlich getroffenen Opfern der Pandemie zu lindern. Die Linksfraktion im Deutschen Bundestag hat zu dieser dramatischen Problematik eine [kleine Anfrage](#) gestellt.

„Brüsseler Empfehlungen“ waren auch beim informellen Austausch der Finanzminister Thema. „Souveränität“ als zentraler Begriff aller gegenwärtigen EU-Debatten prägte auch hier die Einstimmung zur Debatte: „Die Stärkung der EU ist eine Frage der Souveränität“, meinte der [deutsche Finanzminister](#) und begründete damit auch die Schwerpunkte des Austausches: Bestandsaufnahme und Ausblick zur wirtschaftlichen Erholung Europas, Eigenmittel für den EU-Haushalt, faire und effektive Besteuerung in der EU, Neuordnung der Finanzmärkte im digitalen Zeitalter. Die Berichte zu den Vorträgen externer Experten klangen zumindest interessant.

Dass dann beim [Treffen der Kulturminister*innen](#) auf Einladung von Kulturstaatsministerin Grütters in Berlin Aufbauhilfen für den von der Corona-Pandemie gebeutelten Kulturbereich gefordert wurden, bedarf sicher keiner zusätzlichen Erklärung. Kritik und einer Erklärung bedarf aber die lakonische Information „Auf der Tagesordnung stand ein Besuch im Humboldt Forum, das im Dezember eröffnet wird. Bei einem Rundgang informierten sich die Ministerinnen und Minister über das Konzept dieses aktuell wichtigsten nationalen Kulturprojekts.“ Hier und im Bericht findet sich kein Wort zum Thema koloniale Raubkultur. Dekolonialisierung im Kulturbereich aber ist ein Erfordernis, das Grütters offenbar nicht konsequent annimmt.

Um Kultur ging es nicht beim Mini-online-Gipfel EU-China am 14. September. „Die Partnerschaft mit China ist aus europäischer Sicht in vielen Bereichen – von der Wirtschaft bis hin zur Bewältigung globaler Herausforderungen – unverzichtbar und muss weiter gepflegt und ausgebaut werden. Daneben hat sich China in den vergangenen Jahren zu einem ernstzunehmenden wirtschaftlichen Wettbewerber der EU entwickelt. Wettbewerb ist eine gute Sache – wenn er nach fairen Spielregeln abläuft. Hierauf müssen wir jetzt – da China uns in manchen Bereichen dicht auf den Fersen ist – noch viel stärker achten als früher. Darüber hinaus gibt es auch Bereiche, in denen China eine dezidiert andere Auffassung vertritt als die Europäische Union und hierfür offensiv Verbündete sucht: etwa in Fragen der Menschenrechte oder auch in Fragen der internationalen Ordnung. Das ist gemeint, wenn die EU China heute nicht nur als Partner und Wettbewerber, sondern auch als ‚systemischen Rivalen‘ bezeichnet“, so eine [leitende Angestellte](#) im Auswärtigen Amt. Geopolitische „Rivalität“ ist eine Steigerung gegenüber ökonomische „Konkurrenz“. Das neue Wettrüsten, angepeitscht von den USA und sekundiert von der NATO mit ihren EU-Mitgliedern sowie durch die EU selbst, wurde vor und beim Gipfel mal einfach „vergessen“. Rüstung und Menschenrechtsverletzungen sowie Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen aber gehören zusammen. Dass das kein Argument für Verzicht auf Kritik an China ist, ist sicher klar. [Die übte auch Merkel](#), allerdings aus völlig anderen Gründen. Insgesamt aber war sie mit dem Gipfel zufrieden. China wolle beim Klimaschutz zulegen und in Sachen Wirtschaft „europäischen“ Interessen näherkommen. Zum angestrebten Investitionsabkommen und dem Verhandlungsabschluss zum Jahresende 2020 bemerkte die Kanzlerin: „Es kann klappen“, denn der politische Wille sei „ganz klar artikuliert“ worden. Kommissionspräsidentin von der Leyen aber stellte klar, wer erster Gewinner sein soll: „Es gehe nicht darum, dass sich die EU und China beim Thema Marktzugang auf halbem Wege trafen. Stattdessen müsse man die bestehenden Asymmetrien austarieren. Hier müsse sich China noch bewegen“ (ebenda).

*Von der online-Konferenz zum Sozialen bis zum Handelsminister*innen-Treffen*

Bewegen müssen sich die EU und Deutschland allerdings auch, insbesondere beim Thema „Arbeit und Soziales“, wobei sich der zuständige [deutsche Minister Heil](#) durchaus bewegen will, wenngleich nicht ausreichend konsequent. Vor der online-Konferenz zum Thema „Soziales Europa - Starker Zusammenhalt“ am 15.9.2020 verkündete er: „Wir müssen beides tun: In wirtschaftlichen Erfolg investieren, die Wirtschaft in Gang bringen und sie auch in der Krise modernisieren. Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass der Fortschritt bei möglichst vielen ankommt. Beides ist notwendig, um Europa zusammenzuhalten.“ Aber „modernisieren“ und „Fortschritt“ können Vieles und sehr Verschiedenes bedeuten und welcher Fortschritt soll „bei möglichst vielen“ ankommen? Wer sind die, bei denen er nicht ankommt bzw. ankommen soll? Im zweiten Teil der Konferenz erörterte Bundesminister Heil mit dem zuständigen EU-Kommissar Schmit, den Arbeits- und Sozialminister*innen aus Rumänien, der Tschechischen Republik und Portugal auch und insbesondere die Situation von Saisonarbeitskräften. Er will eine EU-Initiative für gerechte Mindestlöhne, Armutsbekämpfung durch bessere Mindestsicherungen sowie die Reform der EU-Jugendgarantie (ebenda).

Jugend war zwar kein richtiges Thema in der großen Rede der Kommissionspräsidentin zur Lage der EU am 16. September, aber beim informellen [Treffen der Bildungsminister*innen](#), das an eben diesem Tag in Osnabrück begann. „Impulse für die berufliche Aus- und Weiterbildung“ war der Hauptinhalt des Treffens unter Leitung der [Bundesbildungsministerin Karliczek](#).

Diskussionsschwerpunkte waren: 1. Die Auswirkungen von COVID-19 auf die allgemeine und berufliche Bildung - gegenseitiges Lernen und die Lehren für die Zukunft, 2. Lernen vor Ort – gute Beispiele aus der Region, 3. Eine Skills-Agenda für Europa. Was kann sie ändern? Was sollte sich ändern? 4. Bündelung der Kräfte in der Berufsbildung: Startschuss für die [Osnabrück-Erklärung](#). Im Entwurf für diese Erklärung, die nach Diskussion und ggf. Überarbeitung beim Bildungsministerrat im November unterschrieben werden soll, formulierten die Bildungsminister*innen vier Ziele für die Berufsbildung in der EU:

- die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit steigern,
- gemeinsam eine Weiterbildungskultur aufbauen,
- die Nachhaltigkeit in der Berufsbildung verankern sowie
- die internationale Dimension mit grenzüberschreitender Mobilität stärken und fördern.

Auch Kommissar Schmit, war beim informellen Treffen dabei und stellte die EU Skills Agenda als Dachinitiative der Europäischen Kommission im Bereich berufliche Bildung vor. Vom Treffen war die deutsche Bildungsministerin sehr erfreut: „Exzellente Bildung in allen Bereichen spielt eine herausragende Rolle, gerade um die Herausforderungen der Digitalisierung, des Klimawandels und des demographischen Wandels zu meistern ... Die EU Skills Agenda, die die EU-Kommission kürzlich veröffentlicht hat, setzt hier aus meiner Sicht die richtigen Impulse. Ziel der EU Skills Agenda ist es, die Beschäftigungsfähigkeit in der EU sowohl von jungen Menschen als auch von Erwachsenen durch Weiterbildung zu steigern.“ Das aber heißt im Klartext: Junge Menschen sollen nach wie vor fit gemacht werden, um den „Herausforderungen der Globalisierung“ zu entsprechen, was menschheitliche Existenzfragen letztendlich zuspitzt. Es geht also nicht um eine Bildung, die hilft, soziale und globale Spaltungen zu überwinden, soziale, ökologische und globale Probleme demokratisch und solidarisch, nachhaltig und gerecht zu lösen. Dass wir das leider richtig sehen, beweist ein Blick in die [Broschüre „Programm“](#) der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für Bildung, Forschung und Innovation“. Auch dort ist wie bei Grütters Dekolonialisierung offensichtlich kein Thema.

Aber das trifft leider auch auf den [deutschen Außenminister](#) zu. Der erklärte wiederum am 17. September ganz im Sinne der Verteidigungsministerin: „Alle Krisen in unserer Nachbarschaft haben eines gemeinsam: Dauerhafte Lösungen sind nicht allein mit militärischen Mitteln zu erreichen.“ „Dauerhafte Lösungen von Krisen“ sollen also auch und insbesondere „mit militärischen Mitteln“ erreicht werden. „Europa muss im zivilen Krisenmanagement stärker werden, als Herzstück der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.“ Und selbstbewusst setzte Maas fort: „Dafür schaffen wir in Berlin mit dem Europäischen Kompetenzzentrum ein Aushängeschild und eine Ideenschmiede. Gemeinsam mit unseren Partnern aus EU und NATO wollen wir hier unser Wissen bündeln, wie Konflikte mit zivilen Mitteln entschärft werden können. Das Europäische Kompetenzzentrum für Ziviles Krisenmanagement ist ein Berliner Haus mit einem europäischen Klingelschild. Bereits 18 Staaten der EU sind Mitglieder geworden und bringen sich mit ihrer Expertise ein, auch NATO-Staaten steht dieses Zentrum offen.“ (ebd.) Das Konferenzzentrum soll also Ziviles und Militärisches in der „Sicherheits“politik effektiver vernetzen.

Diese Vernetzung zeigt sich dann spezifisch in der EU-Industrie- und Handelspolitik. Beide haben eine offen ausgewiesene militärische Dimension. Das weiß und will auch der deutsche Wirtschaftsminister, der am 18. September die Videokonferenz der für Binnenmarkt und Industrie zuständigen EU-Minister*innen leitete und erneut klarstellte: „Der Binnenmarkt ist der

wirtschaftliche Rahmen, in dem wir die grüne und digitale Transformation Europas gestalten wollen. In einem zunehmend schwierigen globalen Umfeld ist der Binnenmarkt außerdem eine gemeinsame strategische Ressource der EU. Unser Ziel als EU-Ratspräsidentschaft ist es, eine starke wirtschaftliche Basis für eine erfolgreiche Zukunft Europas zu schaffen. Wir setzen uns daher für einen funktionierenden und zukunftsfähigen Binnenmarkt ein, der zusammen mit einer ehrgeizigen Industriepolitik, starken und innovativen mittelständischen Unternehmen sowie dem Vorantreiben der Digitalisierung essentiell für die wirtschaftliche Basis Europas ist.“ Auch hiermit [zielt Altmaier](#) auf eine Veränderung des EU-Rechts.

Am 21. September kamen dann die Handelsminister*innen erneut unter [Leitung von Altmaier](#) zusammen, um folgende Punkte zu diskutieren:

- die handelspolitische Überprüfung der Europäischen Kommission (sog. „Trade Policy Review“) zur Neuausrichtung der europäischen Handelspolitik, auch im Zeichen der COVID-19-Pandemie,
- die Lage der europäischen Stahlindustrie unter handels- sowie industriepolitischen Gesichtspunkten
- die Stärkung des multilateralen Handelssystems und der Welthandelsorganisation (WTO), mit Fokus auf die anstehende Neubesetzung für die Nachfolge des ausgeschiedenen WTO-Generaldirektors Azevedo.

„Wir wollen ... auch darüber diskutieren, wie wir unsere Handelsbeziehungen ausbauen und stabilisieren können, um unsere Liefer- und Wertschöpfungsketten resilienter zu machen. Ich bin davon überzeugt, dass offener Handel ein wichtiger Motor ist, Europa gestärkt aus der Krise zu führen. Dafür brauchen wir eine starke, reformierte Welthandelsorganisation sowie moderne Freihandels- und Investitionsschutzabkommen.“ (ebd.) Diese Worte des Bundeswirtschaftsministers zeigen eine sehr begrenzte Lernbereitschaft, trotz seiner kürzlichen klimafreundlichen Reden, denn „unsere Handelsbeziehungen“ und „unsere“ Freihandels- und Investitionsschutzabkommen sind sozial, ökologisch und global zerstörerisch. Ihr Ab- und Umbau wird mit jedem Zeitaufschub komplizierter und jeder Zeitaufschub ist erneut zerstörerisch, was Altmaier scheinbar weniger stört als der Brexit. Damit wollen wir den Brexit von seinen politischen, sozialen und ökonomischen Auswirkungen her keineswegs relativieren. Diese werden noch potenziert durch den Vertragsbruch im vereinbarten Austrittsverfahren, der zum einen ein Völkerrechtsbruch ist. Zum anderen spielt er mit dem Frieden und folglich mit Menschenleben in Nordirland sowie mit relativ normalen Beziehungen zwischen Nordirland und der Republik Irland bzw. mit dem Alltag von Menschen. Hier Schaden zu begrenzen, ist eine Herausforderung für die Bundeskanzlerin als Chefin der Ratspräsidentschaft und ihren Außenminister, der ebenfalls am 21. September ein Minister*innentreffen hatte, allerdings in Brüssel. Da ging es um Belarus, Libyen und den Konflikt Griechenland/Zypern mit der Türkei. Allen drei sehr unterschiedlichen Fällen gemeinsam ist, dass die Herausforderung darin besteht, Gewalt zu bekämpfen und Problemlösungen zu ermöglichen. Einmal mehr steht die Frage, ob es in der EU gelingt, das Denken über mehr oder weniger vorgebliche eigene Vorteile und entsprechendes Handeln zu zügeln.

Diese Fragen bewegten sicher auch die für europäische Angelegenheiten zuständigen Minister*innen, die am 22. September im [Rat für Allgemeine Angelegenheiten](#) (RfAA) unter Vorsitz des deutschen Staatsministers für Europa Roth tagten. Sie haben die Sondertagung des Europäischen Rates am 1./2. Oktober vorbereitet. Im nicht-öffentlichen Teil der Ratssitzung ging es um den Brexit und den entsprechenden Bericht des EU-Chefunterhändlers Barnier. Selbstverständlich beriet man auch erneut zu Maßnahmen im Kampf gegen Corona. Auch die Verfahren wegen der EU-Rechtsverstöße zu Polen und Ungarn bildeten einen Tagesordnungspunkt.

Zum Schluss ein Vorschlag

Ein Blick auf die Website der linken Bundestagsfraktion, die im September sehr aktiv war, um die Bundesregierung zu drängen, die EU-Ratspräsidentschaft für konkrete rechtstaatliche, menschen- und bürgerrechtliche Initiativen zu nutzen, hat uns ermutigt, diesen sowieso schon zu langen Text mit einem kurzem Vorschlag zu beschließen: Ohne einer Regierungs- und Parlamentsfixiertheit das Wort reden zu wollen, möchten wir der Europäischen Linkspartei empfehlen, zu beraten, ob die jeweiligen Ratspräsidentschaften (der deutschen folgt die portugiesische, dieser die slowenische und dann die französische) für eine Offensive politischer Bildung in Sachen EU und jeweils drei gemeinsame bzw. länderübergreifende Aktivitäten genutzt werden könnten. Diese Aktivitäten sollten Solidarität und Demokratie zum inneren Band haben und auf Frieden, Soziales und Ökologie fokussieren. Und sie sollten miteinander verbunden sein, um Schnittmengen aufzuzeigen und politikwirksam zu machen. Dafür könnten und sollten vielfältige Partner*innen aus sehr unterschiedlichen Bereichen der emanzipativ-solidarischen Zivilgesellschaft gewonnen werden – aus der Schüler*innenbewegung for Future, aus Selbsthilfegruppen, Solidaritätsinitiativen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Umweltverbänden und feministischen Organisationen, aus „Städten für den Frieden“, „solidarischen Städte“, Kommunen für „refugee welcome“... Dabei könnte und sollte es immer zugleich um ZUKUNFT gehen, wobei die kritische Begleitung oder auch kritische Beteiligung an der Konferenz zur Zukunft Europas als demokratisches Debattenforum zu diskutieren und reflektieren wären.